

Rede von Stadträtin Hollinger
zur Haushaltsverabschiedung im Gemeinderat am 18.12.2012

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ende Oktober – Sie haben sich auch schon darauf bezogen Herr Oberbürgermeister – haben Sie hier an dieser Stelle Ihren Haushalt eingebracht mit einem ordentlichen Potenzial an Sparkässchen und Zufriedenstellungen für viele in der Bürgerschaft. Die Kehrseite der Medaille war oder noch ist sie das, eine immense Neuverschuldung und ein Abbau der Rücklagen wie noch nie und das wohlgemerkt in guten Zeiten. Für uns alle hier im Gemeinderat war klar, dass das so nicht stehen bleiben kann. Auch, und das muss man natürlich sehen, wenn wir bemerken, dass hinter den Schulden sinnvolle Investitionen stehen, die auch mit nicht erledigten aus der Vergangenheit zusammenhängen.

In seinen Grundzügen, das habe ich hier schon bei der ersten Haushaltsrede zu den Änderungsanträgen gesagt, packt der Haushalt da an, wo es anzupacken gilt. Wir haben den Ausbau der Kinderbetreuung, da sind wir uns auch – das freut mich hier in Heidelberg besonders – überfraktionell einig, dass wir diesen Ausbau der Kinderbetreuung brauchen. Wir sind uns auch einig darüber, dass die Energiewende, die wir alle wollen, nur dann gelingen kann, wenn wir die Stadtwerke unterstützen. Ich habe es bei meiner letzten Haushaltsrede schon gesagt und ich kann es nochmal betonen, der Sozialbereich ist in den Planungen zum Haushaltsentwurf vernachlässigt worden und ich freue mich, dass ich dazu gleich im Paket gute Neuigkeiten berichten kann.

Die geplante Neuverschuldung und der Abbau der Rücklagen hat uns gezeigt, dass wir die Sparkässchen und die Haushaltseinsparmöglichkeiten suchen müssen – und das gemeinsam. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, in konstruktiven Gesprächen hier ein Paketantrag vorzulegen, damit verbunden ist auch ein sehr herzliches Dankeschön der Fraktionsgemeinschaft.

Wir werden aller Voraussicht nach einen Haushalt beschließen, der unsere Stadt durch die nächsten zwei Jahre führt und auch die mittelfristige Entwicklung fest im Blick hat. Zu diesem Punkt geführt hat uns ein intensiver Prozess von Gesprächen untereinander und, das darf man nicht vergessen, auch mit den Akteuren der Stadtgesellschaft. Begleitet hat uns durch diese arbeitsreichen Wochen – wir hatten einiges zu tun – die solide Arbeit unserer Stadtverwaltung und besonders der Kämmerei.

Herr Heiß, ich würde mich freuen, wenn Sie diesen Dank auch explizit an die Kolleginnen und Kollegen in der Kämmerei weitergeben würden. Bei den vielen Änderungsanträgen, die vorgelegt wurden, steckt ja immer eine Geschichte, die wir wissen müssen, aber die es dann auch zu bearbeiten gilt.

Ich freue mich, dass wir heute einen Paketantrag aller Fraktionen einbringen können. Das führt dazu, und das ist begrüßenswert, dass weitreichende Änderungsanträge mit einer breiten Mehrheit beschlossen werden. Vielleicht hat die vorweihnachtliche Stimmung uns hier auch ein bisschen milde gemacht. Vielleicht ist es aber auch nur die schlichte Wahrheit, dass bei allen politischen Gegensätzen, die wir haben und die wir brauchen, uns eins eint: Wir wollen alle das Wohl unserer Stadt. Über den Weg dahin streiten wir ab und an und haben unterschiedliche Auffassungen und das ist gut so. Jedenfalls ist der vorliegende überfraktionelle Paketantrag ein Beweis dafür, dass der Gemeinderat sich zusammenraufen kann, wenn es einen Konsens in der Sache gibt.

Wir müssen auch sagen, wir haben an der einen oder anderen Stelle Bauchschmerzen bei diesem Kompromiss. Aber genau das zeichnet einen Kompromiss natürlich aus. Wir werden über das Paket hinaus Einzelanträge stellen. Nicht jede Diskussion konnte in diesen Runden, die wir im Vorfeld der heutigen Sitzung geführt haben, bis zum Ende geführt werden.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir bei dem einen oder anderen Antrag hier noch eine Mehrheit im Gemeinderat finden. Was uns besonders schwer gefallen ist, das möchten wir nicht verschweigen, ist das Konzept der globalen Minderausgabe, auch wenn wir von 3,5 Mio. Euro pro Jahr sprechen und nicht von 7 Mio. Euro, wie es in der Zeitung zu lesen war. Die globale Minderausgabe ist ein schwieriges Instrument. Sie ist deshalb schwierig, weil sie dem Gemeinderat ein Stückweit die Kontrolle über sein Königsrecht, die Haushalts-hoheit, nimmt. Wir als Fraktionsgemeinschaft von Grüne und generation.hd hätten es lieber gehabt, wenn der Gemeinderat selbst bestimmt hätte, wo gespart werden soll. Die Mehrheit hier im Gemeinderat sieht das anders, deshalb verschließen wir uns diesem Weg nicht. Wichtig ist für uns: Wir haben das gleiche Ziel, nämlich die Haushaltskonsolidierung. Wir sind der Meinung, dass bestimmte Bereiche vom Sparen ausgeschlossen werden sollen, bei anderen mehr zu holen ist. Da hätten wir uns gerne inhaltlich mehr dazu geäußert, aber das werden wir sicherlich noch im Laufe des Jahres tun können in den politischen Debatten, die in dieser Stadt geführt werden.

Auf jeden Fall muss klar sein, dass die Aufstockungen, die wir heute in einem breiten Konsens beschließen, für die Minderausgaben tabu sind. Die müssen so an die betroffenen Bereiche weitergehen. Und was mich auch freut, überfraktionell sind wir uns da einig, dass nach dem Haushalt vor dem Haushalt ist. Wir werden weitermachen mit den inhaltlichen Debatten darüber, wie es weitergeht in Heidelberg und wie wir den Haushalt auch unterjährig steuern können, weil wir es müssen.

Seit 2008 arbeiten wir daran, Menschen mit geringem Einkommen über ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr die Teilhabe am sozialen Leben besser zu ermöglichen. Wir sehen hier auch durch die Beiträge im Publikum, dass es ein wichtiges Thema ist und ich freue mich, dass es uns gelungen ist, im Paket Nägel mit Köpfen zu machen. Fraktionsübergreifend – und das möchte ich an dieser Stelle ganz besonders hervorheben – haben wir uns darauf geeinigt, entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. In diesem Konzept geht es darum, dass Geringverdienende einen Anteil von 20 Euro monatlich für ein nicht übertragbares Monatsticket selbst tragen und der Rest wird solidarisch von der Stadt Heidelberg übernommen. Das freut uns sehr.

Des Weiteren haben wir uns darauf geeinigt, die lange überfälligen Einkommensgrenzen für den Heidelberg-Pass + anzuheben. Dafür sind im Haushalt rund 200.000 Euro eingestellt. Es ist lange her, dass wir uns mit diesen Zahlen beschäftigt haben. Besseren Ausstattungsbedarf sehen wir bei der Schuldnerberatung. Die Schuldnerberatung macht eine hervorragende Arbeit und das Instrument der Schuldnerberatung ist sehr wirksam. Wenn man aber einen Termin braucht, ist die Wartezeit zu lange. Immer mehr Menschen, vor allen Dingen auch junge Menschen, tappen in die Schuldenfalle. Da gibt es viele Möglichkeiten wie das passieren kann: sei Bankenabzocke genannt oder Handy- oder Versicherungsverträge, die man vielleicht nicht wirklich braucht, aber die als sehr wichtig dargestellt werden und dann unterschrieben sind. Das heißt eigentlich auch, dass man mehr Geld, mehr Mittel, mehr Ressourcen, mehr Personalressourcen bräuchte für die Präventionsarbeit, vor allen Dingen an Schulen. Das wird mit den 30.000 Euro, auf die wir uns geeinigt haben an mehr für die Schuldnerberatung, schwierig werden. Ich hoffe, dass wir uns im Laufe der Neuaufstellung der Schuldnerberatung in Heidelberg nochmal mit den anderen unterhalten werden und schauen, welche Wirkung da erzielt und wie man das gestalten kann.

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Gruppen und Einrichtungen im sozialen Bereich hier in Heidelberg im Namen der gesamten Fraktionsgemeinschaft sehr herzlich zu bedanken. Diese Arbeit, die dort gemacht wird, meist durch ehrenamtliches Engagement oder überwiegend ehrenamtliches Engagement, spart der Stadt sehr viel Geld. Leider lässt die finanzielle Situation der Stadt es nicht zu, allen eine entsprechende Zuschusserhöhung zu gewähren. Wir haben uns deshalb bewusst und in langen Diskussionen und Gesprächen mit den Einrichtungen auf wenige soziale Einrichtungen konzentriert und die Zuschüsse bei der AIDS-Hilfe, dem Frauen-Notruf, bei BiBeZ (Ganzheitliches Bildungs- und Beratungszentrum) und bei LuCa (Genderfachstelle für Bildung und Gesundheitsförderung) angehoben; bei den letzteren in Abhängigkeit davon, welche europäischen Gelder noch fließen.

In der Vergangenheit haben wir erreicht, dass das letzte und das vorletzte Kindergarten-Jahr für Geringverdienende in der Einkommensstufe 1 beitragsfrei ist. Davon profitieren im Moment rund 250 Eltern mit den entsprechenden Kindern. Nun müsste eigentlich folgerichtig folgen, dass wir auch die Beitragsfreiheit für diese Gruppe für das erste Kita-Jahr einführen. Die Kämmerei hat Kosten dafür in Höhe von 540.000 Euro über die zwei Haushaltsjahre errechnet. Das konnten wir bisher noch nicht nachvollziehen, warum dieser Ansatz so hoch ist im Vergleich zu den ersten Jahren, die wesentlich günstiger sind. Wir werden an dieser Frage dranbleiben und schauen, wie wir noch solidere Daten bekommen und überlegen, ob wir uns das nicht doch leisten können in Heidelberg. Im Moment konnten wir uns leider überfraktionell nicht auf einen Antrag entschließen. Wir halten den Antrag aufrecht und hoffen auf Unterstützung.

Im Bereich Integration und Chancengleichheit sind in diesem Jahr wichtige Weichen gestellt worden. Das neue Interkulturelle Zentrum in Gründung (IKZ) soll das Aushängeschild der weltoffenen Stadt Heidelberg werden. Wir haben das IKZ und nun ist es an der Zeit, dieses mit Leben zu füllen. Und dafür braucht das Zentrum Projektmittel. Die bisher veranschlagten Mittel sind bereits komplett verplant. Es käme nichts Neues mehr hinzu. Das können wir alle hier nicht wollen. Ein entsprechender Antrag ist im Paket und das freut mich, denn wir wollen alle in den nächsten Jahren der Entwicklung des Interkulturellen Zentrums zusehen.

Eine weitere Baustelle ist die Beschäftigungspolitik. Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht so unglaublich sichtbar in der Stadt. Aber man muss sehen, der Bund zieht sich mehr und mehr aus der Finanzierung der Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose zurück. Und es ist daher nicht übertrieben, hier den bescheidenen Beitrag von insgesamt 100.000 Euro für Beschäftigungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Dieses Geld wird für ganz zielgerichtete Maßnahmen hier in Heidelberg verwendet. Solche Maßnahmen, die oft sehr eigen sind, sind nicht aus Bundesmitteln zu finanzieren. Aber man kann sich anschauen, dass diese kleinen, ganz speziellen Maßnahmen oft sehr wirksam sind.

Neben dem Sozialbereich und dem Bereich der Integrationspolitik ist ein weiterer wichtiger Bereich der Bereich Verkehr. Da ist es auch immer am Schwierigsten, einen Konsens zu erzielen. Heidelberg trägt nun den Titel „Fahrradfreundliche Stadt“ und man muss sehen, es werden fast 30 Prozent der Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt. Solche Zahlen erreicht sonst kein innerstädtisches Verkehrsmittel. Wenn man sich anschaut, welche Investitionen notwendig sind, um den Fahrradverkehr voranzubringen, dann steht das in keinem Verhältnis zu Auto, Bus oder Bahn – dafür geben wir deutlich mehr Geld aus. Einig sind wir uns im Paket, dass wir Antwort auf die Frage brauchen, wie man mit dem Fahrrad schnell, sicher und ohne abzustiegen oder gar – das ist in Heidelberg mal schnell gemacht – die Verkehrsordnung nicht ganz einzuhalten, von A nach B kommt. Ein entsprechendes Gutachten ist im Paketantrag vorgesehen. Und wenn wir dann die Antworten haben auf die Frage, wie man gut und schnell und sicher von A nach B kommt, ohne gegen die Einbahnstraße zu fahren oder Ähnliches, dann brauchen wir auch noch Geld, um die Maßnahmen umzusetzen. Wir möchten dafür werben, hierfür der Verwaltung die nötigen Mittel oder doch zumindest einen Teil davon, in die Hand zu geben und unserem Antrag zuzustimmen.

Auch im Paketantrag enthalten sind Mittel für die Markierung von Knoten und Strecken. Auch ein sehr wichtiges Paket, um Fahrradfahren zu erleichtern und eben auch sicherer zu machen. Und auch Zufußgehen ist ökologisch und darüber hinaus noch gesund und braucht Platz. Auch hier möchten wir der Verwaltung Mittel geben, die es braucht, entsprechende Maßnahmen besser zu gestalten und umzusetzen. Für diesen Antrag möchte ich ebenfalls werben.

Einen Antrag haben wir zurückgezogen, weil er hier keine Mehrheit finden wird: zusätzliches Personal im Gemeindevollzugsdienst. Damit bleibt aber ein Problem bestehen: das leidige Thema Gehwegparken. Gerade für die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft (Kinder, Eltern mit Kinderwagen, Rollstuhlfahrer oder Menschen die einen Rollator brauchen) sind zugeparkte Gehwege nicht nur ein Ärgernis, sondern eine erhebliche Beeinträchtigung. Auf den Gehwegen gibt es nämlich neben den Autos, die da parken, auch noch Mülltonnen, Straßenschilder, sonstige Stadtmöblierung und dann wird es einfach eng. Alle Erfahrung haben gezeigt, dass dem Problem nur mit Kontrollen beizukommen ist. Jenseits unseres

Antrags möchte ich Sie deshalb bitten und dazu einladen, dass wir gemeinsam dieses Problem angehen und die Stadtverwaltung kann ich nur bitten, das mit dem vorhandenen Personal stärker in den Blick zu nehmen.

Und noch ein Verkehrsthema: wir sind der festen Überzeugung, dass mit einem konsequenten Straßenbahnbeschleunigungsprogramm viel für die Qualität unseres Nahverkehrs getan werden könnte. In Mannheim fährt die Straßenbahn im Schnitt 20 km/h bei uns nur 16 km/h, obwohl sie natürlich nicht schneller fährt auf den Strecken. Aber bei der Beschleunigung geht es um den Vorrang an den Kreuzungen. Das macht Bahnen schneller und damit für die Kunden attraktiver. Und ganz nebenbei können dadurch auch Wagen eingespart werden, wenn die Bahnen schneller fahren. Für solche Vorrangschaltungen braucht man natürlich Geld für die entsprechende Technik. Ich kann Sie/ Euch nur nochmal bitten, darüber nachzudenken, ob ihr /Sie diesem Antrag zustimmen könnt/können.

Bei der Umweltpolitik haben wir uns zurückgehalten. Wir möchten nur auf einen Antrag mit wenig Geld explizit nochmal hinweisen: das ist unser Antrag zur Vernetzung von Biotopen. Das ist zum einen eine wichtige umweltpolitische Aufgabe, weil für viele Tier- und Pflanzenarten damit ausreichend miteinander verbundene störungsfreie Lebensräume geschaffen werden. Das ist ein erfolgreiches Programm, das die Stadtverwaltung bisher schon aufgesetzt hat und das Sie mit nur 10.000 Euro erfolgreich weiterführen und ausbauen könnte. Was wir schade finden ist, dass unser Anliegen, einen kleinen bescheidenen Beitrag Heidelbergs in den Yasuni-Fond einzuzahlen, nicht möglich ist. Die BUND-Ortsgruppe setzt sich schon seit langer Zeit dafür ein, dass die öffentliche Hand hier ihren Beitrag leistet. Nochmal ganz kurz für die, die nicht ganz genau wissen worüber wir gerade reden: Wir haben in Ecuador ein besonders artenreiches Regenwaldgebiet, der Yasuni Nationalpark, der der Erdölförderung weichen muss, oder ich würde eher sagen soll. Ecuador ist bereit, das Öl für immer unter der Erde zu lassen, wenn die Weltgemeinschaft 50 Prozent der erwarteten Gewinne in einen Fond einzahlt. Dieses Geld soll in einen UNO-Treuhandfond fließen. Wir hätten uns gefreut, wenn wir als Stadt Heidelberg hier einen Beitrag zum Klimaschutz hätten leisten können. Wir haben uns vom Rechtsamt – auch diesen Kollegen wirklich einen ausdrücklichen Dank – ausführlich beraten lassen. Wir mussten letztlich hinnehmen, dass das so nicht geht; dass die Gemeindeordnung dem widerspricht. Das schmerzt uns und wir hoffen, dass wir andere Wege finden, einen Beitrag für den Yasuni-Fond zu leisten.

Wir haben uns auch Gedanken gemacht, wie Einnahmeverbesserungen möglich sein können und wer seinen Beitrag dazu leisten kann. Infolgedessen haben wir die Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe in die Diskussion gebracht. Wir glauben nach wie vor, dass es vertretbar ist, wenn unsere Gäste auch einen Beitrag dazu leisten, das umfangreiche Angebot an öffentlicher Infrastruktur in unserer Stadt zu erhalten. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind nicht ganz klar. Es gibt Städte wie Dortmund, die ihre Satzungen wieder zurückgezogen haben. Es gibt Städte wie Köln, die haben sie ausgesetzt. Freiburg hat ihren Antrag erst mal zurückgezogen. Aber heute habe ich gerade in der P.M. gelesen, dass sie das wieder auf den Weg bringen wollen. Wir werden im nächsten Jahr beantragen, dass sich die Stadt mit diesem Thema beschäftigen und rechtliche Möglichkeiten ausloten soll, weil es natürlich klar ist, dass solche rechtlichen Optionen im Rahmen einer Haushaltsdebatte schwierig zu diskutieren sind.

Weiter, wenn es um das Thema Einnahmeverbesserung geht, schlagen wir die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung vor. Und bei der Vergnügungssteuer, die wir im vergangenen Jahr erhöht haben, möchten wir, dass auch die Spielhallen und Wettbüros miteinbezogen werden. Wir werden die Verwaltung darum bitten, das zu prüfen, weil die Rahmenbedingungen nicht klar sind. Den Antrag zur Parkraumbewirtschaftung lassen wir stehen und stellen ihn heute zur Abstimmung.

Wir haben umfangreiche Änderungsanträge zu diesem Haushalt eingebracht und in jedem Fall werden heute einige Korrekturen an diesem vorgelegten Haushalt beschlossen werden. Diese Korrekturen sind notwendig, um die Schwächen des Haushaltsplanentwurfs auszugleichen.

Vor allem im Kultur- und noch viel mehr im Sozialbereich musste nachgesteuert werden und es konnten viele konsensuale Lösungen gefunden werden. Daneben wurden Sparkässchen aufgelöst. Die Frage, wo wir investieren und wie wir mit Neuverschuldung umgehen, wurde

kritisch und lösungsorientiert diskutiert. Wir sehen auch, dass der Haushalt wichtige politische Linien vorträgt.

Wir sehen heute alle, dass die politischen Themen, die lange Zeit als weiche Themen galten, wie zum Beispiel Kinderbetreuung, Umwelt, Kultur, Schule, Jugendpolitik, heute harte Themen sind. Das sind die Dinge, die die Menschen draußen interessieren und wo sie nicht zufrieden sind, wenn sie nicht funktionieren. Und da haben sie Recht. Und unsere Aufgabe hier im Gemeinderat ist es, den Bürgerinnen und Bürgern ein funktionierendes Gemeinwesen zu ermöglichen. In diesem Sinne hoffe ich auf eine produktive Abstimmung heute und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.